



Lärmdisplays zeigen Motorradfahrern in manchen Orten an, ob sie zu laut fahren.

FOTO: ARMIN WEIGEL/DPA

Gegen den Lärm

Erster Erfolg für baden-württembergische „INITIATIVE MOTORRADLÄRM“

Motorräder müssen leiser werden: Dieser Auffassung sind längst nicht mehr nur Anlieger von Kreis-, Landes- und Bundesstraßen oder Baden-Württembergs Verkehrsminister Hermann, sondern auch der Bundesrat. Das Gremium schloss sich Forderungen der baden-württembergischen Initiative Motorradlärm an, in der sich inzwischen fast 100 Städte, Gemeinden und Landkreise zusammengefunden haben.

SYLVIA SREDNIAWA

Im Elztal hat sich die Gemeinde Biederbach nach wiederholten Beschwerden der Anwohner über unerträgliche Zustände auf der L101 – insbesondere an den Wochenenden stört der Lärm der Motorräder in der sonst beschaulichen Gegend erheblich – im vergangenen Jahr der Initiative Motorradlärm angeschlossen. Dem Gemeinderat Elzach liegt für seine kommende

Sitzung ein entsprechender Beschlussvorschlag vor. Weitere Mitglieder in der näheren Umgebung sind Freiamt, Gütenbach und St. Märgen. Weiter südlich haben sich die kompletten Landkreise Lörrach und Waldshut der Initiative angeschlossen, die im Sommer 2019 durch den Lärmschutzbeauftragten Thomas Marwein und die Bürgermeisterin von Sasbachwalden, Sonja Schuchter, initiiert wurde.

Die ersten rund 30 Mitglieder vereinbarten mit dem Landesverkehrsministerium, einen Forderungskatalog zur Reduzierung von Motorradlärm zu erarbeiten und damit an die politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und Europa-Ebene heranzutreten. Im Februar wurde der Katalog öffentlich vorgestellt; zu diesem Zeitpunkt zählte die Initiative bereits mehr als 80 Gemeinden, Städte und Kreise als Mitglieder, denn für sie ist Motorradlärm ein zunehmendes Problem, insbesondere in den landschaftlich reizvollen, bergigen und touristischen Gebieten. Verwiesen wird zudem auf gesundheitliche Folgen durch Lärm. Ziel der „Initiative Motor-

radlärm“ ist es, dass jeder in seiner Verantwortung und Zuständigkeit dazu beiträgt, dass Motorräder leiser werden, dass sie leiser gefahren werden und dass rücksichtsloses Fahren deutlichere Folgen hat. Dazu gehört auch, dass das Land und die Kommunen mehr rechtliche Möglichkeiten bekommen, den Motorradlärm einzudämmen. Dies könnte durch bauliche Vorschriften für die Maschinen geschehen sowie durch Änderungen an der Straßenverkehrsordnung, um beispielsweise Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Verkehrsverbote auf bestimmten Straßen, insbesondere an Wochenenden und Feiertagen, aus Gründen des Lärmschutzes zu verhängen. Dies wurde auch in Biederbach immer wieder gefordert, scheiterte aber bislang an den gesetzlichen Möglichkeiten, da zur Beurteilung der neuralgischen Punkte der Jahresmittelwert des Lärms herangezogen werden musste.

Auch rücksichtsloses und vorsätzlich lärmzeugendes Fahren müsse deutlichere Folgen – zum Beispiel in entsprechenden Bußgeldern – haben.

Der Bundesrat hat nun wesentliche Forderungen der Initiative Motorradlärm aufgegriffen. Neben der Forderung nachhaltigerer und lärmärmerer Mobilität an die Adresse der Hersteller (nicht zuletzt durch den Umstieg auf mehr Motorräder mit Elektroantrieb, aber auch das Verbot von sogenannten Sound-Designs) geht es dabei auch um Genehmigungs- und Zulassungsregeln, eine stärkere Verkehrsüberwachung, die Forderung nach der Einführung einer Halterhaftung sowie die Pflicht zum Führen eines Fahrtenbuchs. Bis Ergebnisse erreicht werden, wird es wohl noch dauern.

Um voranzukommen, will das Landesverkehrsministerium Kommunen und Landkreise erneut bei der Anschaffung von Displays gegen Motorradlärm – mit jeweils bis zu 4000 Euro – unterstützen. Anträge können noch bis 30. Juni eingereicht werden. Ein solches Gerät wurde 2015 in einem Pilotprojekt in Todtmoos eingesetzt und brachte damals fast eine Halbierung der besonders hohen Schallpegel.